

# **SPD-OV Oldenburg II:**

## **Vorratsdatenspeicherung ist ein Irrweg**

Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Oldenburg Stadtmitte-Süd haben sich auf ihrer Sitzung am 15.01.2015 nach ausführlicher Diskussion einstimmig gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland ausgesprochen. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, derartige Pläne nicht zu unterstützen und auch dem Druck des Koalitionspartners Union nicht nachzugeben. Grundlegende Freiheitsrechte, und dazu gehört auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, dürfen nicht auf dem Altar vermeintlicher Sicherheit geopfert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 2. März 2010 festgestellt, dass die bis dahin gültige anlasslose Vorratsdatenspeicherung über sechs Monate gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt, wonach Post und Fernmeldegeheimnis unverletzlich sind. Zudem hat der Europäische Gerichtshof im Mai 2014 die zugrundeliegende EU-Richtlinie, die eine Einführung der Vorratsdatenspeicherung in den Mitgliedsländern erzwang, verworfen. Wir finden es daher unverständlich und bedauerlich, dass seitdem nach jedem spektakulären Verbrechen, wie zuletzt nach den Pariser Anschlägen, geradezu reflexartig die Forderung nach ihrer Wiedereinführung erhoben wird.

Wer dies tut, ignoriert bewusst zwei höchstinstanzliche Urteile und muss sich fragen lassen, ob er überhaupt auf dem Boden der deutschen Verfassung steht. Er ignoriert zudem die weitreichenden Möglichkeiten, die Strafverfolgungsbehörden jetzt schon haben, wenn sie einen begründeten Verdacht hegen. Diese können zum Beispiel anlassbezogen durchaus Telefon- und Internetverbindungen überwachen lassen und bei besonders schweren Fällen sogar auf den „Großen Lauschangriff“ zurückgreifen.

Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung dagegen ist die Totalüberwachung der elektronischen Kommunikation aller Bürger. Solche Mittel sind Kennzeichen autoritärer Staaten, nicht aber freiheitlicher Demokratien wie Deutschland. Der Zweck der Terrorismusbekämpfung kann nicht das Mittel der weitgehenden Aufhebung der Privatssphäre heiligen. Erneut eingeführt, würden hier Begehrlichkeiten geweckt, die gespeicherten Daten nicht nur im Kontext schwerster Verbrechen zu nutzen, sondern die Schwelle nach und nach herabzusetzen. Der Hauptgrund zur Herausgabe von Internet-Verbindungsdaten ist bereits seit Jahren nicht Terrorismus, sondern illegales Raubkopieren.

Davon abgesehen bezweifelt der Ortsverein Stadtmitte-Süd die generelle Wirksamkeit der Maßnahme. In Frankreich existiert die Vorratsdatenspeicherung seit 2006, und die Telekommunikation wird insgesamt noch stärker überwacht als in Deutschland. Auch waren die Attentäter polizeilich bekannt und wurden observiert. Das alles konnte die Anschläge nicht verhindern und zeigt einmal mehr, dass Unmengen von Daten nicht sorgfältige, aufmerksame Polizeiarbeit ersetzen können, wie man uns glauben machen will.

Zur freiheitlichen Demokratie gehört, dass man innerhalb eines rechtsstaatlichen Rahmens tun und lassen kann, was man will, ohne sich dabei beobachten lassen zu müssen; denn jeder Mensch, selbst der ehrlichste, hat etwas zu verbergen, das den Staat oder seine Mitmenschen zurecht nichts angeht. Die Vorratsdatenspeicherung verletzt dieses Prinzip und verändert auch das Verhalten der Menschen, die nun wissen, dass sie beobachtet werden.

Im Übrigen werden wir in Deutschland wie auch in vielen anderen Ländern, wie wir seit dem letzten Jahr wissen, immer noch illegal und umfassend von ausländischen, auch vermeintlich befreundeten Geheimdiensten überwacht, ohne dass in der Bundesregierung der Wille erkennbar ist, an dieser unerträglichen Situation etwas zu ändern. Dies kritisieren wir scharf.

Wir als SPD-Ortsverein kritisieren darüber hinaus, dass sich die ganze Debatte infolge der Anschläge nur um Gesetzesverschärfungen dreht. Dabei ist der einzig wirksame Ansatz zur Vermeidung von Terror, bereits die Radikalisierung späterer Attentäter zu verhindern. Dies geschieht aber nicht durch noch härtere Gesetze und noch mehr Überwachung, sondern vorrangig durch Prävention und eine gerechte Gesellschaft. Wenn wir den Terroristen, deren Ziel auch die Zerstörung unserer freiheitlichen Grundordnung ist, durch die Aufgabe von Freiheiten nicht noch posthum einen Sieg bescheren wollen, sollten wir also lieber darüber streiten, wie man es schafft, möglichst alle Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ulf Prange  
Vors.

Gerlinde Backer  
stellv. Vors.

Karsten Dierig  
stellv. Vors.

Gesine Mulhaupt  
stellv. Vors.